**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
**Band:** 96 (2002)
**Heft:** 6

**Rubrik:** Zeichen der Zeit : Antiamerikanismus?

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 09.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Willy Spieler

# Antiamerikanismus?

Ist es «Antiamerikanismus», die USA unter ihrer heutigen Regierung zu den «Schurkenstaaten» zu zählen? Der amtierende US-Präsident gebraucht das Unwort für Irak, Iran und Nordkorea, die er in seiner Drohrede vom 29. Januar gleich noch zu einer «Achse des Bösen» gebündelt hat. Schilt da ein «Esel» den andern «Langohr»?

## Rechtsbruch mit System

«Wie viele andere Begriffe des politischen Diskurses wird der Terminus ‹Schurkenstaat› auf zweierlei Weise verwendet: zum einen propagandistisch, um ausgewählte Feinde zu kennzeichnen, zum anderen wörtlich, um damit Staaten zu beschreiben, die sich selbst an internationale Regeln und Abmachungen nicht gebunden fühlen. Die Logik lässt erwarten, dass die mächtigsten Staaten unter die zweite Kategorie fallen, sofern ihnen nicht innenpolitische Beschränkungen auferlegt werden.»

*Noam Chomsky* bringt es auf den Punkt, warum der Vor- oder Anwurf des «Schurkenstaates», wenn er denn überhaupt sinnvoll und hilfreich erhoben würde, auf den mächtigsten aller Staaten zurückfallen müsste. Chomsky beruft sich auf die *American Society of International Law (ASIL),* die im März 1999 ihre Besorgnis ausdrückte, dass «das internationale Recht in unserem Land mittlerweile weniger hoch geachtet wird als zu irgendeiner anderen Zeit», ja dass «Washingtons Nichtachtung vertraglicher Verpflichtungen auf alarmierende Weise zugenommen» habe.[1]

Zwar gab es auch im *vergangenen Jahrhundert* massive Verstösse der USA gegen das Völkerrecht, wie die Militärinvasion gegen Guatemalas kurzes Experiment in Demokratie, die anhaltende Blockade Kubas, die Destabilisierung der chilenischen Demokratie unter Allende, den massiven Einsatz von chemischen Waffen und Napalmbomben gegen die Zivilbevölkerung im Vietnamkrieg, die von den USA unterstützten Greueltaten bei der Annexion Ost-Timors durch Indonesien, der Einsatz der Contras gegen Nicaragua, die anschliessende Missachtung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, der die USA wegen «ungesetzlicher Gewaltanwendung» zu Reparationszahlungen an die sandinistische Regierung verurteilt hatte. Die US-Regierung intervenierte gar mit einem Veto im Sicherheitsrat, als dieser alle Staaten dazu aufrufen wollte, das internationale Recht zu respektieren...

Das Neue an der Administration von Bush jun. ist, dass sie sich nicht einmal mehr bemüht, den Bruch des Völkerrechts in Abrede zu stellen. Offener als je eine Regierung zuvor stellt sie das eigene Ermessen über die internationale Ordnung. Sie und nicht der zuständige Sicherheitsrat der UNO entscheidet, ob z.B. *Irak* ein «Schurkenstaat» und mit militärischen Strafaktionen zu überziehen sei.

Auch *Iran* fällt immer mal wieder unter dieses US-Verdikt. Schon 1951 wurde die national-bürgerliche Regierung Mossadegh unter der Ägide des CIA weggeputscht, als sie die Erdölindustrie verstaatlichte. Kein Schurkenstaat war Iran unter Schah Reza Pahlevi, der sich mit blutigem Terror an der Macht hielt. Als dieser durch die Islamische Republik verjagt wurde, avancierte *Saddam*

*Hussein* zum Verbündeten, den die USA mit Geld und Waffen ausstatteten, damit er seinen Angriffskrieg gegen Iran führe. Selbst der Einsatz von Giftgas gegen die kurdische Bevölkerung im eigenen Land blieb ungestraft. Die USA liessen Saddam Hussein nicht fallen, weil er ein Schurke war, sondern weil er nicht mehr *ihr* Schurke war.

Seit dem 11. September 2001 wird der *Kampf gegen den Terrorismus* zum «gerechten Krieg» erklärt, der sich an kein UNO-Mandat zu halten brauche. Wer fragt schon nach der Verhältnismässigkeit der Mittel im Krieg gegen Afghanistan? Die gefangenen Taliban- und Al-Kaida-Kämpfer werden nach Guantanamo verschleppt, wo der Rechtsstaat aufhört und die Genfer Konvention für Kriegsgefangene ausser Kraft gesetzt wird. Mutmassliche Terroristen sollen auch nicht mehr vor normale Gerichte gestellt, sondern durch Militärkommissionen abgeurteilt werden. Womit der Warlord aus Texas auch noch die Gewaltenteilung aushebelt.

«Wer keinen Respekt vor dem Leben hat, darf nicht die Kontrolle über die Waffen des Todes ausüben», erklärte Bush am 11. März in Richtung Irak. Aber wie steht es um des Präsidenten Respekt vor dem Leben? Bush hat als Gouverneur von Texas in seiner sechsjährigen Amtszeit insgesamt *152 Hinrichtungen* zu verantworten. Seine manichäische Gewissheit, wer die Guten und wer die Bösen sind, findet im Krieg gegen den Terrorismus ihre Fortsetzung. «Der Krieg, der 2001 begonnen wurde, ist nichts weiter als die ins Universelle, ins Internationale und Grenzenlose ausgedehnte Todesstrafe», sagt *Eugen Drewermann* (Publik-Forum, 4/2002).

Aber all diese und weitere Verletzungen des Völkerrechts, etwa der WTO-Regeln durch die Strafzölle auf Stahl im Interesse der eigenen Wählerklientel, geben der US-Regierung nicht den geringsten Anlass, vor der eigenen Türe zu wischen. Bush beansprucht die Definitionsmacht über die Guten und die Schurken. «Ein ‹Schurkenstaat› ist nicht einfach ein Verbrecherstaat, sondern einer, der die Regeln der Mächtigen missachtet – und diese geniessen natürlich einen Sonderstatus», schreibt Chomsky.[2] *Saudi-Arabien* figuriert nur deshalb nicht auf der schwarzen Liste der «Schurkenstaaten», weil das «bis auf die Knochen korrupte Reich der 5000 Prinzen» (Spiegel, 4.3.02) der wichtigste Erdöllieferant für die USA ist. Um es mit den Saudis nicht zu verderben, versäumten es die USA, rechtzeitig gegen bin Laden zu ermitteln. *Jean Charles Brisard* und *Guillaume Dasquier* haben das in ihrem gut recherchierten Buch «Die verbotene Wahrheit»[3] nachgewiesen. Es trägt den Untertitel: «Die Verstrickungen der USA mit Osama bin Laden».

## Im Widerspruch zur Völkermoral

Die USA pflegen einen A-la-carte-Multilateralismus, der sich die internationalen Abmachungen herauspickt, wenn sie der eigenen Politik nützen, sie kündigt oder ganz einfach missachtet, wenn sie die eigene Position behindern. Besonders gravierend ist die Art und Weise, mit der sich die Regierung Bush gegenüber der Fortentwicklung des Völkerrechts im Dienste der Menschheit verweigert. Die USA haben dazu zwar das Recht, rechtlich gesehen. Aber sie verletzen damit Forderungen der Völkermoral nach einem *überlebensfähigen Planeten* und einer *Weltordnung des Friedens in Gerechtigkeit.*

«Im Umgang mit dem Klimawandel gehören die Vereinigten Staaten heute zu den Schurkenstaaten», verurteilte *Heidi Schelbert* in dieser Zeitschrift (7/8.01, S. 215) das Ausscheren der USA aus dem *Kyoto-Protokoll* für die Reduzierung der Treibhausgase. Der treue Diener seiner umweltverschmutzenden Geldgeber hat auch schon beschlossen, das Naturreservat von Alaska für Ölbohrungen zu öffnen.

Die *Pax Americana* sabotiert die derzeit wichtigsten Anstrengungen für den Weltfrieden, wie die Internationale Kontrolle des Verbots von Biowaffen, das Landminenabkommen oder den Internationalen Strafgerichtshof. Überall wittert die Bush-Administration Gefahren für die «Souveränität» der USA, als ob, wer nicht selber Völkerrecht verletzt, etwas von supranationalen Instanzen zu befürchten hätte. Gekündigt werden der ABM-Vertrag und, wenn es nach dem Pentagon geht, demnächst auch der Atomteststopp- und der Weltraumvertrag, da sie den neuen Rüstungswettlauf in der Raketenabwehr behinderten – als ob das nicht gerade ihr Sinn gewesen wäre. Selbst der neue Vertrag mit Russland zur Reduzierung strategischer Nuklearwaffen, von Bush im Deutschen Bundestag als «die drastischste Vereinbarung über den Rüstungsabbau der Geschichte» gefeiert, erweist sich von nahe besehen als Schwindel, da die demontierten Gefechtsköpfe nicht vernichtet, sondern nur eingelagert werden. Gleichzeitig lässt das Pentagon Mini-Atomwaffen entwickeln, die nicht nur Höhlensysteme, sondern die ganze internationale Ordnung zertrümmern könnten.

Bush verurteilte in Seoul am 20. Februar *Nordkorea*, weil das kommunistische Regime eine Hungersnot hinnehme und gleichzeitig Massenvernichtungswaffen anhäufe. Genau das praktiziert Bush im Weltmassab. Er stockt sein Militärbudget um 14 Prozent auf, während eine Milliarde Menschen Hunger leidet. Die Solidarität, die Bush von aller Welt einfordert, hat er ihr gegenüber schon längst aufgekündigt.

Um sich gegen solche Kritik abzuschirmen, plant *Verteidigungsminister Rumsfeld* gar ein «Büro für strategische Einflussnahme», das die Stimmung für Amerika mit gezielten Desinformationen manipulieren soll. Bush sei dagegen, liess er erklären. Was vielleicht auch wieder eine Desinformation ist...

**Eine Politik totalitärer Ausgrenzung?**

Seit Bush die Welt einteilt in Amerika- und Terroristenfreunde, gerät jede Kritik an den USA unter den Generalverdacht des Antiamerikanismus. Der oder die so Etikettierte wird zum Feind, den es zu bekämpfen gilt. Auch im eigenen Land, wie Reaktionen auf «Amerikahasser» von Noam Chomsky bis *Susan Sontag* zeigen. Diese Einteilung in Freund und Feind erinnert an *Carl Schmitts* «Begriff des Politischen». Der Hofjurist des Naziregimes begründete damit eine Politik totalitärer Ausgrenzung.

Kritik an den USA, die sich auf das Völkerrecht und die Menschenrechte stützt, kann aber nur schon deshalb nicht antiamerikanisch sein, weil es auch ein *anderes Amerika* gibt, das diese Kritik in der Tradition grosser Präsidenten wie *Wilson* oder *Roosevelt* rechtfertigt.

Wenn wir freilich an der heutigen US-Regierung kritisieren, dass sie allzu locker mit Begriffen wie «Schurkenstaat» um sich schlägt, dann sollten wir diesen Begriff konsequenterweise auch selber nicht verwenden, auch nicht gegenüber seinem überheblichen Urheber. Das Völkerrecht spricht jedem Staat ein *Recht auf Ehre* zu. Es kennt keine «Schurkenstaaten», es unterscheidet zwischen «friedliebenden Nationen» und Staaten, die den Frieden brechen. Diesen Rechtsbruch festzustellen, ist Sache der Völkergemeinschaft und ihrer Organe.

Das *Problem der USA* ist, dass sie glauben, in eigener Machtvollkommenheit über andere zu Gericht sitzen zu dürfen und sich selber niemals vor einem Völkerrechtstribunal wie dem neuen Strafgerichtshof verantworten zu müssen. Da ist der Vergleich zwischen dem Splitter im Auge der anderen und dem Balken im eigenen Auge nicht weit hergeholt. •

[1] War against people. Menschenrechte und Schurkenstaaten, Europa-Verlag, Hamburg/Wien 2001, S. 7.
[2] Ebd., S. 35.
[3] Pendo-Verlag, Zürich 2001.

Die Freiwirtschafter schlagen folgende Lösung vor:

• Die *Erde gehört allen Menschen* und nicht einigen wenigen. Der Boden und seine Schätze sollen daher, wie zur Zeit der Alemannen, jedermann zu gleichen Bedingungen zugänglich sein.

• Das Privateigentum an Boden ist ein Hemmnis für die organische Erneuerung der Städte und Dörfer und für die zweckmässige Nutzung des Bodens. Die bisherigen rechtmässigen Eigentümer sollen dennoch nicht enteignet werden, sondern es soll der Boden bei Handänderungen nach und nach von der *Gemeinde* (Stadt) – aufgrund eines *Vorkaufsrechts* – zu marktmässigen Preisen erworben werden.

• Der in öffentliches Eigentum übergegangene Boden soll nicht mehr veräussert werden. Er ist durch *Pacht- oder Baurechtsverträge* im freien Wettbewerb der privaten Bewirtschaftung zuzuführen.

• Die in die Gemeinde- resp. Stadtkassen fliessende *Grundrente* ist in geeigneter Form der *Allgemeinheit* zuzuführen. Zum Beispiel könnten Steuern massiv gesenkt oder aber dieses Geld der AHV zugeführt werden.

Der Verfasser glaubt nicht mehr an die Lösung der entscheidenden Probleme durch die *historischen Parteien* allein, sie sind zu sehr zu Verteidigern des Bestehenden verkommen. Wer eine gerechte und ausbeutungsfreie Wirtschaftsform sucht, kommt an den Ideen der Freiwirtschafter nicht vorbei.

*Hansjürg Weder,* Basel, alt Nationalrat

## USA als Schurkenstaat
**(Zeichen der Zeit: Antiamerikanismus?, NW 6/02)**

Der Artikel «Antiamerikanismus?» in den NW vom Juni 2002 weist darauf hin, dass die USA «Schurkenstaaten» bekämpfen, die sich nicht an internationale Regeln gebunden fühlen. Willy Spieler weist mit vollem Recht auf die erschreckende Tendenz hin, dass die USA selbst sich zunehmend über das Völkerrecht und internationale Abmachungen stellen resp. diese nicht zu respektieren gewillt sind. Er weist auf einige aktuelle Beispiele hin. Zu genau diesem Thema erschien im Jahr 2000 ein faktenreiches, erschreckendes Buch des amerikanischen Journalisten *William Blum: Rogue State. A Guide to the World's Only Superpower* (Common Courage Press, Monroe/ME, USA 2000). Rogue State heisst wörtlich *Schurkenstaat* und wird hier auf die USA angewendet. Auf 300 Seiten erstellt der Autor eine *Chronologie der illegalen US-Interventionen* seit 1945 in allen Erdteilen, geleitet und vorbereitet von den US-Geheimdiensten. Er zeigt die «Hassliebe» der USA zu Terroristen, Terrorregimes und Menschenrechtsverletzern, beschreibt diese ambivalente Beziehung der USA zu Bin Laden ein Jahr vor dem 11. September und er belegt an zahlreichen Beispielen das gefährliche Spiel der USA mit dem Feuer der Massenvernichtungswaffen.

Am 19. September 2001 veröffentlichte der Autor die *zweite Auflage*. Es reichte, diese mit einem kurzen «update» als Vorwort zu versehen, in dem er darauf hinwies, dass die Antwort auf die Frage, warum die *USA Zielscheibe terroristischer Angriffe* sei, in eben diesen Schurkenaktivitäten der USA seit dem Zweiten Weltkrieg liege. Friedensethik, Wirtschaftsethik, Umweltethik und Rechtsethik müssen sich mit den Schurkenstaaten auseinandersetzen – besonders mit dem mächtigsten unter ihnen. Das Buch «Rogue State» ist ein Augenöffner dabei, auch für jene, die schon manches wissen.

*Christoph Stückelberger*

## Aus Redaktion und Redaktionskommission

*Neu im Impressum steht der Name* **Kurt Seifert**. *Unser Freund und Mitarbeiter wurde an der Jahresversammlung der Neuen Wege in die Redaktionskommission gewählt. Kurt Seifert, Jg. 1949, hat in Tübingen und Basel Rechtswissenschaft, Pädagogik, Psychologie und Soziologie studiert. In den 80er Jahren arbeitete er bei «Brot für die Welt». Er war (obwohl reformiert) Redaktor am katholischen Pfarrblatt Forum (Kanton Zürich) und ist heute in der Öffentlichkeitsarbeit für Pro Senectute tätig. Eben hat er zusammen mit Guntolf Herzberg eine 600 Seiten starke Biographie über Rudolf Bahro abgeschlossen. Redaktion und Redaktionskommission freuen sich auf die Zusammenarbeit mit Kurt Seifert und heissen ihn herzlich willkommen.*

Willy Spieler

nes Artikels erklärt, ihm gehe es allein um die Menschenwürde, ihn interessiere die ökonomische Perspektive bei dieser Fragestellung überhaupt nicht! Respekt vor der *Menschenwürde* muss sich aber immer angesichts konkreter, durchaus «konjunkturabhängiger» *ökonomischer Verhältnisse* erweisen. Eine Ethik, die das ausblendet, wird leicht deklamatorisch, aber irrelevant und formuliert die wirklichen ethischen Herausforderungen falsch.

Es geht bei der Rationierungsdebatte nicht darum, «ethische Werte dem Sparen unterzuordnen», sondern darum, auch in Situationen, in denen einschneidend gespart werden muss, die ethischen Werte der Solidarität und Gerechtigkeit im Blick auf die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel nicht aus dem Blick zu verlieren. Darum bringt es nicht weiter, wenn Kaiser eine *«Ethik der Würde»* und eine *«Ethik der Kosten»* einander alternativ gegenüberstellt.

**Herausforderung Altersmedizin und Langzeitpflege**

Dass es einer menschenwürdigen Ethik und Gesundheitspolitik darum gehen muss, auf dem Hintergrund der Menschenwürde die vier Aspekte der Gesundheit, der Effizienz, der Qualität und der Gerechtigkeit zu integrieren, und dass Rationalisierung immer vor Rationierung kommen muss (aber gerade deshalb der Rationierungsbegriff nicht einfach, wie Kaiser meint, durch den Rationalisierungsbegriff «ersetzt» werden kann!), dem ist zweifellos zuzustimmen. Und wenn Kaiser auf die Gefahr hinweist, dass gerade alten und pflegeabhängigen Menschen unter dem Vorzeichen einer angeblich notwendigen Rationierung medizinisch-pflegerische Leistungen vorenthalten werden könnten, als müsste sich das Gesundheitswesen *auf Kosten der alten Kranken* gesundsparen, so ist auch das sehr zu unterstreichen.

Schon aus *demographischen Gründen* wird unsere Gesellschaft nicht darum herum kommen, mehr Mittel in den Bereich der *Geriatrie* und der *Langzeitpflege* zu investieren. Man kann davon ausgehen, dass der Grenznutzen von Mitteln, die in diesen Bereich des Gesundheitswesens investiert werden, oft grösser ist als der von vergleichbaren Mitteln, die in technologisch hochgerüstete Spitzenmedizin investiert wird. Dass sich hier – gerade unter ethischen Gesichtspunkten – zentrale Fragen für eine faire Mittelverteilung im Gesundheitswesen stellen, darf in der Tat nicht übersehen werden.

*Werner Widmer* und *Heinz Rüegger*

## Brisante Tatsachen

**(Zeichen der Zeit: Antiamerikanismus?, NW 6/02)**

Lieber Herr Spieler

Die Neuen Wege lese ich je länger je lieber, und diesmal möchte ich Ihnen ganz besonders danken für Ihren prächtigen Artikel «Antiamerikanismus?» Das *Sündenregister der Bush-Politik* ist ja bereits so grotesk, dass es schon schier zum Lachen ist. Wann hören die Bäume auf, in den Himmel zu wachsen ?

Als ich am denkwürdigen *11. September* die Nachricht vom «Terrorangriff auf Amerika» vernahm, musste ich unwillkürlich an den riesigen, öden Platz denken, den man mir vor Jahren in der *«Ebene der Tonkrüge»* in Laos zeigte. «Hier stand bis zum Vietnamkrieg unsere Provinzstadt mit etwa 5000 Einwohnern», sagte mein Guide. «An einem frühen Morgen bombardierten die Amerikaner die Stadt aus der Luft. Nach zwei Stunden war sie dem Erdboden gleich. Kein Überlebender.» Auf meine entsetzte Frage: warum? wozu? schüttelte er lange den Kopf. «Das versteht keiner. Es war ihre Art, Krieg zu führen. Vielleicht vermuteten sie hier ein paar Kommunisten. Jedenfalls wollten sie uns mit ihrer unerhört gewaltigen Technik und mit tödlichem Schrecken klein kriegen...» (Das Wort «Terror» war damals noch nicht geläufig.)

Ihren Artikel, lieber Herr Spieler, schätze ich auch darum so sehr, weil der *Ton*, in dem die brisanten Tatsachen aufgelistet werden, ein mutiger, wie auch ein tief ruhiger ist. Ich höre daraus die Zuversicht, dass die göttliche Kraft die Höhen *und* die Abgründe des Menschlichen umfasst.

Mit den besten Grüssen

*Hedi Brunner*